PROTOKOLL

über die

Sitzung des Gemeinderates der Stadtgemeinde Zwettl-Niederösterreich

am: D i e n s t a g, dem 15. Dezember 1992

im Gemeinderatssitzungssaal

Beginn: 17,00 Uhr Ende: 21,35 Uhr

Anwesende:

Bürgermeister ÖkR. Franz P r u c k n e r als Vorsitzender

Vizebürgermeister Judith H o f b a u r

Stadträte:

Franz EDELMAIER

Dir. Dr. Hans MITTERECKER

Johann SCHARITZER

Johann HOFBAUER

Dir. Leopold RECHBERGER

Dipl.-Ing. Ewald SCHWARZ

Gemeinderäte:

Rudolf ASSFALL

Peter KASTNER

Erwin ZINNER

BSI RegR. Ewald BIEGELBAUER bis TOP 39.

Franz MÜLLNER

Erich BÖHM

Karl BRUCKNER

Franz PFEFFER

Karl HAIDER

Erwin ENGELMAYR

Anton POLLAK ab TOP 2.

Josef HÖLZL

Maria HAIDER

Herbert PRINZ

Norbert LINDENBAUER

Hermann HÖRNDL

Franz THALER

Ferdinand STEINER

Wilhelm HOFBAUER

Rudolf TÜCHLER

Dr. Johann BERGER

Josef KAMPF

Engelbert WAGNER

Gerhard MAYER

Ing. Roland KAPFINGER

Entschuldigt waren:

GR Franz PREISS

GR Wilfried BROCKS

GR Bruno GORSKI

GR Rudolf STOLZ

Nicht entschuldigt waren:

Die gemeindeordnungsmäßige Einladung sämtlicher Mitglieder des Gemeinderates ist ausgewiesen.

Der Gemeinderat zählt 37 Mitglieder, anwesend sind hievon 33. Die Sitzung ist daher ----- beschlußfähig.

Die Sitzung ist ----- öffentlich.

Zu Beginn der Sitzung erklärt der Bürgermeister, daß der TOP 50. (Prim. Dr. Edwin Halmschlager; Bestellung zum Betriebsarzt) von der Tagesordnung

abgesetzt wird.

Erweiterung der Tagesordnung

Weiters gibt der Bürgermeister bekannt, daß folgender schriftlicher Antrag auf Erweiterung der Tagesordnung von Hr. StR. Franz Edelmaier vorliegt:

Franz und Rosa Siedl, Kleinotten 22; käufliche Überlassung einer Teilfläche des Grundstückes Parz.Nr. 1926/2 der KG Kleinotten

Die Aufnahme dieses Dringlichkeitsantrages in die Tagesordnung wird

einstimmig genehmigt.

1. Genehmigung des Protokolls der letzten Gemeinderatssitzung

Das Protokoll der Gemeinderatssitzung vom 4. November 1992 ist in der Zeit vom 16. November bis 1. Dezember 1992 zur Einsichtnahme durch die Mitglieder des Gemeinderates aufgelegt. Einwendungen hierzu sind nicht eingelangt. Das Protokoll gilt somit als

genehmigt.

2. Zweiter Nachtragsvoranschlag 1992

Der Entwurf des zweiten Nachtragsvoranschlages 1992 lag in der Zeit vom 30. November bis 15. Dezember 1992 zur öffentlichen Einsichtnahme auf. Er schließt mit folgenden Summen:

Ordentlicher Haushalt: S 171 488 000,-- (bisher S 159 353 000,--)

Außerordentlicher Haushalt: S 49 185 000,-- (bisher S 62 575 000,--)

Gesamtnachtragsvoranschlag: S 220 673 000,-- (bisher S 221 928 000,--)

=====

Der Entwurf wurde den Fraktionen übermittelt.

Der Stadtrat beantragt die Genehmigung, jedoch mit der Änderung, daß die für das ao. Vorhaben "Parkdeck" vorgesehene Zuführung aus dem ordentlichen Haushalt nur S 2 000 000,-- beträgt, auf der Ausgabe Seite dieses Vorhabens die Rücklagenbildung in der Höhe von S 8 291 000,-- entfällt und dieser Betrag dem ao. Vorhaben "Bauhof" zugeführt wird (sh. auch TOP 33).

StR. Dr. Hans Mittrecker dankt zunächst den Bediensteten für die geleistete Arbeit bei der Erstellung des Nachtragsvoranschlages; wenn man die Überführungen aus dem ordentlichen Haushalt als Indikator bezeichnen kann, so wurde ein sehr erfreuliches Ergebnis erzielt - S 32,5 Millionen oder 19 % des Volumens des ordentlichen Haushaltes können dem ao. Haushalt zugeführt werden. Mehreinnahmen haben sich vor allem durch den Verkauf des Gefangenenhauses (S 3 Millionen), bei der Getränkesteuer (S 1,3 Millionen) und bei Wasseranschlußgebühren und Katastrophenfonds (S 1,3 Millionen) ergeben. Die Mehrausgaben waren eher bescheiden, abgesehen von den S 9 Millionen, die zusätzlich durch den Ankauf des Objektes Aschauer für den Bauhof erforderlich wurden. Einsparungen haben sich vor allem durch den Minderabgang beim a.ö. Krankenhaus (S 4,2 Millionen) ergeben. Die Einnahmenentwicklung in der Haushaltsgruppe 9 war in den letzten Jahren für alle Gemeinden äußerst positiv und auch Zwettl hat davon profitiert. Die Ertragsanteile sind seit 1987 um 58 % gestiegen und es ist dies auch ein Erfolg der Zwettler Wirtschaft, da diese Steigerung auch bei uns in der Gemeinde erwirtschaftet wurde. Die Reduzierung der Ausgaben des ao. Haushaltes ist vor allem darauf zurückzuführen, daß nicht alle Vorhaben erfüllt werden konnten, wie z.B. das Parkdeck; erfreulich ist es aber, daß die Mittel nicht anderweitig ausgegeben, sondern eingespart werden konnten. Der Schuldenstand beträgt mit Jahresende S 163,4 Millionen, d.i. um S 29 Millionen weniger als zu Jahresbeginn vorausgerechnet, was ebenfalls auf nicht durchgeführte Vorhaben zurückzuführen ist. Erfreulich ist auch, daß hievon nur S 15 Millionen Darlehen zu normalen Marktpreisen sind. Die Pro-Kopf-Verschuldung beträgt somit S 14 086,--/Einwohner und Jahr und liegt damit an siebentbesten Stelle bei den neunzehn Gemeinden über 10 000 Einwohner; rechnet man die Leasingsschuld aus dem Vorhaben Feuerwehrzentrale hinzu, ergibt sich eine Pro-Kopf-Verschuldung von S 16 258,-- und Zwettl liegt damit immer noch an siebenter Stelle. Bei der Kopfquote nach dem Steueraufkommen liegt Zwettl an 89. Stelle aller NÖ Gemeinden und an 13. Stelle der Gemeinden über 10 000 Einwohner mit einem Steueraufkommen von S 7781,--.

Der Schuldenstand von S 163 Millionen ist der gleiche wie 1985, obwohl bisher große Vorhaben wie Stadtsaal, Sporthalle, Hauptschulturnhalle, Kunsteislaufbahn, Landstraße-Dreifaltigkeitsplatz realisiert und zum Großteil auch ausfinanziert werden konnten. Es konnten in diesem Zeitraum auch

S 30,5 Millionen aus dem ordentlichen Haushalt an Kanalvorhaben zugeführt werden und S 88 Millionen für den Straßenbau verwendet werden.

Angesichts dieser Fakten müssen selbst größte Kritiker anerkennen, daß in der Gemeinde sparsam und korrekt gewirtschaftet wird und die Gelder der Bürger ordentlich verwaltet werden.

Bürgermeister ÖkR. Franz Pruckner bezeichnet diesen Bericht des Finanzreferenten als erfreulich und betont, daß die Finanzentwicklung der Gemeinde eine gute Entwicklung genommen hat und durch die getätigten Investitionen trotzdem eine wesentliche wirtschaftliche Belebung darstellt; er dankt StR. Dr. Hans Mitterecker und den Bediensteten für die Erstellung des Nachtragsvoranschlages.

GR Karl Haider bezeichnet es als selbstverständlich, daß öffentliche Gelder ordentlich im Sinne des Bürgers verwaltet werden; für den vorliegenden Nachtragsvoranschlag liegt eine günstige Ausgangslage vor, die Änderungen haben sich durch diverse Verschiebungen gewissermaßen von selbst ergeben und der Nachtragsvoranschlag ist eigentlich eine Anpassung an die reale Entwicklung. Erfreulich sind auch die Einsparungen beim Krankenhausabgang sowie die Einnahmenentwicklung bei den Dienstleistungen und in der Finanzwirtschaft. Da auch die Einnahmen immer sehr vorsichtig geschätzt wurden, war ein positives Ergebnis von vornherein zu erwarten. Bemerkenswert ist, daß bei der Müllbeseitigung Einnahmen von S 7,1 Millionen Ausgaben von S 5,6 Millionen gegenüberstehen und sich sohin ein Mehrertrag ergibt, worüber noch bei der Müllbeseitigung zu sprechen sein wird. Auch die Entwicklung des Schuldenstandes kann als günstig bezeichnet werden, sowohl was den Neuzugang als auch die Schuldenstruktur betrifft; auch der Nettoaufwand für den Schuldendienst hat sich um S 2 Millionen verringert. Insgesamt kann daher angesichts dieser günstigen Entwicklung dem zweiten Nachtragsvoranschlag 1992 die Zustimmung gegeben werden.

GR Dr. Johann Berger stellt Fragen zu einzelnen Ausgabenerhöhungen im Nachtragsvoranschlag, beispielsweise warum bei der Instandhaltung von Wasserläufen anstatt ursprünglich S 5000,-- nun S 70 000,-- vorgesehen sind oder bei den Anschlagtafeln anstatt ursprünglich S 10 000,-- nun S 230 000,-- vorgesehen sind.

Es entwickelt sich hierüber eine teilweise heftige Diskussion, in der der Bürgermeister und StR. Dr. Hans Mitterecker zum Ausdruck bringen, daß es nicht Aufgabe des Gemeinderates ist, Antwort auf die Ursache jeder einzelnen Ausgabenerhöhung zu geben. Es kann sich jeder Gemeinderat vor oder nach der Sitzung anhand der aufliegenden Konten darüber informieren, das Gremium ist aber hiedurch überfordert. Von einer ordentlichen Opposition wird erwartet, daß sie wirkliche Fehler aufzeigt, aber nicht Kontenklauberei betreibt, um vor den Besuchern eine Show abzuziehen.

GR Dr. Johann Berger verweist auf die Gemeindeordnung, derzufolge jedem Gemeinderat das Recht zukommt, Anfragen zu stellen. Auch ist ihm aufgefallen, daß im ao. Voranschlag z.B. beim Kanalbau 09 der Beschluß bereits 1990 gefaßt wurde und nun scheinen immer noch Summen auf, die zur Bedeckung herangezogen werden; außerdem bleibt immer noch ein Ausgabenrest von ca. S 3 Millionen übrig. Derartige große Ausgaben, die sich über Jahre hinziehen, sollten daher jährlich abgerechnet werden und auch neuerlich im Gemeinderat beschlossen werden.

Der Bürgermeister stellt hiezu fest, daß es unbedingt erforderlich ist, ein Projekt zunächst zur Gänze zu beschließen, u.zw. schon wegen der Darlehenszusicherungen; erstreckt sich ein Vorhaben über einen längeren Zeitraum, so werden üblicherweise Teilrechnungen gelegt und nach Vollendung des Vorhabens die Schlußrechnung. Auch können sich die Beträge ändern, da die Abrechnung üblicherweise nach tatsächlichen Leistungen erfolgt.

Sohin wird der 2. Nachtragsvoranschlag 1992

einstimmig genehmigt.

3. Voranschlag 1993

Der Entwurf des Voranschlages für das Haushaltsjahr 1993 lag in der Zeit vom 30. November bis 15. Dezember 1992 zur öffentlichen Einsichtnahme auf. Er schließt mit folgenden Summen:

Ordentlicher Haushalt:	S 177 000 000,--
Außerordentlicher Haushalt:	S 90 606 000,--
Gesamtvoranschlag:	S 267 606 000,--
=====	

Der Entwurf wurde den Fraktionen übermittelt.
Der Stadtrat beantragt die Genehmigung.

StR. Dr. Hans Mitterecker erläutert die Voranschlagssummen und weist darauf hin, daß der Voranschlag 1993 der bisher größte Voranschlag ist, was vor allem darauf zurückzuführen ist, daß im heurigen Jahr einige Vorhaben nicht verwirklicht werden konnten.

Die Zuführungen an den ao. Haushalt in der Höhe von S 26 Millionen liegen im Durchschnitt der letzten Jahre, es entfallen hievon S 6 Millionen auf das Vorhaben Parkdeck, S 5 Millionen auf den Straßenbau, S 4,2 Millionen auf die Restfinanzierung der Bundeshandelsschule und Bundeshandelsakademie, S 2 Millionen auf die Feuerwehren und S 2 Millionen auf die Asbestentsorgung im a.ö. Krankenhaus sowie ca. S 15 Millionen auf die Behebung der Verkehrssituation im Stadtzentrum von Zwettl. Von der Ausgabenstruktur des Gesamtbudgets her gesehen entfallen 29 % auf Dienstleistungen, 15 % auf Soziales, 15 % auf den Straßenbau, 12 % auf die Verwaltung, was im Vergleich zu anderen Gemeinden als sehr sparsam angesehen werden kann, und 10 % auf Bildung. Von den Dienstleistungen entfallen S 69 Millionen auf ökologischen Aufwand, d.s. 26 % des Gesamtbudgets. Berücksichtigt man, daß dieser ökologische Aufwand im Jahr 1986 noch S 10,4 Millionen oder 6 % betrug, so ist daraus die veränderte Aufgabenstellung der Gemeinde zu sehen. Ein Fehler ist bei der Voranschlagssumme für "sonstigen Umweltschutz" passiert, dieser wird aber in einem Nachtragsvoranschlag korrigiert werden. Der größte Abgangsposten ist wieder der Betriebsabgang des Krankenhauses mit S 19,7 Millionen, d.s. um S 5 Millionen mehr als 1992, es ist aber zu hoffen, daß sich der Betriebsabgang zu Folge der vorsichtigen Voranschlagserstellung im Krankenhaus noch verringert. Auf Bildungsausgaben entfallen S 27,6 Millionen, auf Kunst und Kultur S 5 Millionen und auf Dorferneuerung S 1,3 Millionen. Aufgrund der allgemeinen Konjunktursituation, wie sie weltweit prognostiziert wird, ist mit einer Stagnation und auch einem Nachlaß des Steueraufkommens zu rechnen, was sich auch bei den Ertragsanteilen und Gemeindesteuern auswirken wird.

Der Schuldenstand steigt von S 163 Millionen im Jahr 1992 auf S 184 Millionen, liegt damit aber niedriger als in früheren Prognosen angenommen. Ein Wermutstropfen ist es, daß S 22 Millionen Bankdarlehen zu marktüblicher Verzinsung aufgenommen werden müssen, aber auch hier besteht Hoffnung, daß die tatsächliche Darlehensaufnahme niedriger sein wird als prognostiziert.

Die Pro-Kopf-Verschuldung wird 1993 S 15 931,-- betragen und Zwettl liegt damit immer noch an siebentbesten Stelle unter den Gemeinden über 10 000 Einwohnern in Niederösterreich. Eine Vorschau auf die nächsten drei Jahre zeigt, daß ein Finanzierungsbedarf für Projekte mit einem Gesamtvolumen von S 171 Millionen gegeben ist, diese Investitionen fallen aber insofern in eine günstige Zeit, als in Zeiten es Konjunkturabschwunges angemessene Baupreise zu erwarten sind und außerdem eine Ausgabenvermehrung zur notwendigen Belebung der Wirtschaft beiträgt; der Schuldenstand wird im Jahr 1994 voraussichtlich S 199 Millionen erreichen und ist damit ebenfalls nicht dramatisch. Insgesamt zeigt die mittelfristige Vorschau bis 1995, daß die Gemeinde in der Lage sein wird, die beabsichtigten Vorhaben zu finanzieren.

GR Karl Haider kommentiert die im Voranschlag 1993 vorgesehenen Erhöhungen und Verminderungen gegenüber den bisherigen Voranschlägen und kritisiert einzelne Voranschlagsposten, wie z.B. die Erhöhung der Subventionen von S 1,2 Millionen 1992 auf S 1,7 Millionen 1993 sowie das Vorhaben "Höllrigl-Haus", welches mit S 11,6 Millionen als nicht vertretbar erscheint; im Hinblick darauf, daß gerade die ÖVP immer für Privatisierung ist, sollte man sich von solchen Objekten besser trennen. Auch die Vermehrung des Schuldenstandes ist beträchtlich, er wird die S 200 Millionen-Grenze überschreiten, da auch Leasingsschulden dem Schuldenstand zuzurechnen sind; der Schuldendienst wird S 21,4 Millionen betragen und die Pro-Kopf-Verschuldung um ca. S 2000,-- steigen. Insgesamt ist das vorliegende Budget aber Garant für die weitere Aufwärtsentwicklung der Gemeinde und die vorgesehenen Ausgaben kommen zum richtigen Zeitpunkt im Hinblick auf die prognostizierte Wirtschaftsentwicklung; dieser Voranschlag hat zweifache Bedeutung, nämlich einerseits ermöglicht er die Verwirklichung wichtiger Vorhaben und andererseits schafft er die notwendigen finanziellen Impulse für die Wirtschaft und hilft Arbeitsplätze zu sichern, insbesondere im Baubereich; eigentlich sollten alle öffentlichen Haushalte so vorgehen, um den angekündigten Wirtschaftsabschwung abzumildern. Der Spielraum der Gemeinden ist erfahrungsgemäß sehr gering und umso erfreulicher ist dieser Voranschlag der Gemeinde Zwettl; wenn gleich man nicht mit allen Bereichen zufrieden sein kann, entspricht er doch den Zielsetzungen und die SPÖ-Fraktion wird ihm daher die Zustimmung erteilen.

Der Bürgermeister dankt GR Karl Haider für diese positive Stellungnahme.

GR Dr. Johann Berger bezeichnet den vorliegenden Voranschlag als nicht befriedigend, weil die darin vorgesehenen ökologischen Ausgaben keine freiwilligen sind; er wäre schon mit 1 % freiwilligen ökologischen Ausgaben zufrieden. Schon im Mai 1992 wurde der Antrag gestellt, eine Naturraum-potentialerhebung durchzuführen und es wurde vom Bürgermeister versprochen, darüber zu diskutieren und das Bürgerforum anzuhören. Es ist aber diesbezüglich nichts geschehen und auch im Voranschlag sind keinerlei Mittel dafür vorgesehen.

Betrachtet man den ökologischen Pflichtaufwand, so ist davon auszugehen, daß große Teile hievon vom Wasserwirtschaftsfonds finanziert werden, lediglich zweimal S 3 Millionen werden für Kanalbauten ausgegeben, für die Abwasserbeseitigung wird daher im wesentlichen nichts gemacht, obwohl es eine Diplomarbeit gibt über die Abwassersituation in der Gemeinde Zwettl mit Dringlichkeitsstufen; es ist aber kein Wille der Gemeinde erkennbar, neue Akzente zu setzen. Der vorliegende Voranschlag ist daher trotz aller Jubelchöre enttäuschend. Weiters ist zu kritisieren, daß entgegen der Bestimmungen der Gemeindeordnung, daß der Voranschlag sechs Wochen vor Jahresende zu stellen ist, erst zwei Wochen vor der Beschlußfassung in bereits fertiger Form zur öffentlichen Einsichtnahme aufgelegt wird; so wie es auch in der großen Politik zu beobachten ist, wird der einfache Bürger eigentlich nicht gefragt.

StR. Dr. Hans Mitterecker stellt hiezu fest, daß unsere Verfassung eine repräsentative Demokratie festlegt, in der man keine basisdemokratischen "Spasserl" durchführen kann; die Gemeinderäte sind als verantwortliche Vertreter gewählt und der mündige Bürger wird nach Abschluß der Wahlperiode festzustellen haben, ob gut gewirtschaftet wurde oder nicht und ob daher die Vertreter wiedergewählt oder abgewählt werden. Eine Rückkehr zu basisdemokratischen Formen oder quasi anarchischen Zeiten verbietet unsere Verfassung. Was die ökologischen Ausgaben anbelangt, so ist die Gemeinde in einigen Dingen wie Solarförderung, Unkrautstriegele usw. Vorreiter und wurde auch schon mit etlichen Preisen ausgezeichnet und liegt daher im Vergleich mit anderen Gemeinden nicht schlecht. Was die als quasi objektive Grundlage hochstilisierte Diplomarbeit betrifft, so handelt es sich eigentlich um den Anfang und die unterste Stufe zur akademischen Ausbildung und ist auch so einzustufen.

Zu danken ist Herrn GR Karl Haider für die klare und ordentliche Analyse des Voranschlages aus der Oppositionsrolle heraus.

GR Gerhard Mayer findet es bemerkenswert, daß die Information der Bevölkerung als "basisdemokratisches Spasserl" abgetan wird und kritisiert einige im Voranschlag enthaltene Bereiche wie den Kanal Rieggers, bei dem Ausgaben von S 340 000,-- Einnahmen von S 34 000,-- gegenüberstehen und somit nur eine 10%ige Deckung gegeben ist; er findet es auch bedenklich, daß für die außerschulische Jugenderziehung keine Mittel vorgesehen sind. Gerade in der heutigen Zeit mit der Tendenz zum Rechtsradikalismus sollte auch von der Gemeinde durch entsprechende Bemühungen um die Jugenderziehung diesen Tendenzen entgegengewirkt werden. Was die ökologischen Ausgaben betrifft, so wurde z.B. die Solarförderung nachweislich durch das Bürgerforum initiiert.

Der Bürgermeister stellt zu letzterer Bemerkung fest, daß das Bürgerforum nichts beschließen kann, wenn nicht die Mehrheitsfraktionen die Zustimmung erteilen.

Nach weiterer kurzer Debatte, in der der Bürgermeister und StR. Dipl.-Ing. Ewald Schwarz noch zur Abwassersituation Stellung nehmen, wird der Voranschlag 1993 mit

2 Gegenstimmen genehmigt.

4. Landtagspräsident Mag. Franz Romeder, Verleihung des Ehrenringes der Stadtgemeinde Zwettl-NÖ (Zl. 062-0) ✓

Landtagspräsident Mag. Franz Romeder ist seit 1969 Landtagsabgeordneter des Verwaltungsbezirkes Zwettl und bekleidet seit 1988 die Funktion des ersten Landtagspräsidenten.

Er hat in diesen Funktionen nicht nur für die Region Zwettl sehr viel geleistet, sondern auch die Anliegen der Stadtgemeinde Zwettl-NÖ stets bestens unterstützt und sich für die wirtschaftliche Belebung und Aufwärtsentwicklung eingesetzt. Das gleiche gilt für seine Arbeit in den Interessensvertretungen der Gemeinde (Gemeindevertreterverband, NÖ Gemeindebund), wo er vor allem die Interessen der ländlichen Gemeinden mit Nachdruck vertreten hat.

Alle diese Bemühungen sind in hohem Maß der Stadtgemeinde Zwettl-NÖ als Zentralort der Region zugute gekommen und haben der Gemeinde zum Nutzen gereicht.

In Anbetracht dieser langjährigen Verdienste beantragt der Stadtrat, Herrn Landtagspräsident Mag. Franz Romeder den Ehrenring der Stadtgemeinde Zwettl-NÖ zu verleihen.

GR Erich Böhm ersucht um Konkretisierung der Verdienste von Präsident Mag. Franz Romeder um die Gemeinde Zwettl, da seine Funktionen als Landtagspräsident und Landtagsabgeordneter keine ausreichende Begründung sind; man erwartet von solchen politischen Funktionen selbstverständlich, daß ihre Träger das Beste geben.

Der Bürgermeister stellt hiezu fest, daß viele konkrete Fälle aufgezeigt werden könnten, wo Präsident Mag. Romeder die Anliegen der Gemeinde bei der Landesregierung immer wieder entsprechend unterstützt hat.

StR. Leopold Rechberger unterstreicht dies und betont, daß es bei einem Landesrat mit einem bestimmten Ressort leicht ist, bestimmte Vorhaben anzuführen; bei Landtagspräsident Mag. Romeder kann gesagt werden, daß er die Gemeinde immer bei den verschiedensten Problemen unterstützt hat, sowohl bei Beamtengesprächen als auch durch Herstellung von Kontakten zu den verschiedensten Dienststellen wie beispielsweise zu den letzten Verteidigungsministern, wenn es um Gemeindeanliegen im Zusammenhang mit dem Truppenübungsplatz ging; man kann sagen, daß Präsident Mag. Romeder die Gemeinde federführend immer bei allen wesentlichen Anliegen maßgeblich unterstützt hat, weshalb man ihm einmal Dankeschön sagen sollte.

Sohin wird der Antrag des Stadtrates

einstimmig beschlossen.

5. Hofrat Mag. Maria Graussam, Verleihung der Silbernen Ehrennadel der Stadtgemeinde Zwettl-NÖ (Zl. 062-0)

Die vormalige Direktorin des Institutes der Schulschwestern in Zwettl, Frau Hofrat Mag. Maria Graussam (Sr. Mathilde), wirkte ab 1956 35 Jahre lang an den Schulen des Institutes der Schulschwestern in Zwettl als Lehrerin und Direktorin und erwarb sich durch ihre hervorragende pädagogische Arbeit große Verdienste um das Schulwesen in Zwettl.

Nicht zuletzt ihr ist es zu verdanken, daß das Institut der Schulschwestern einen hervorragenden pädagogischen Ruf genießt; mit der Schaffung der Fachschule für wirtschaftliche Berufe im Jahr 1981 und der Höheren Lehranstalt für wirtschaftliche Berufe im Jahr 1982 wurde ein weiterer Schultyp geschaffen, der das schulische Angebot von Zwettl wesentlich bereichert.

Der Stadtrat beantragt, Frau Hofrat Mag. Maria Graussam für diese langjährige, verdienstvolle Tätigkeit in der Gemeinde die Silberne Ehrennadel der Stadtgemeinde Zwettl-NÖ zu verleihen.

Einstimmig beschlossen.

Während der Behandlung des nachstehenden Tagesordnungspunktes ist GR Franz Müllner wegen Befangenheit abwesend.

6. Strafverfahren gegen GR Franz Müllner, Jahnings; Übernahme der Anwaltskosten (Zl. 163-0)

Gegen GR Franz Müllner war beim Kreisgericht Krems/Donau ein Strafverfahren anhängig, weil er in seiner Eigenschaft als Ortsvorsteher im heurigen Sommer, als der Feuerlöschteich in Jahnings infolge der Trockenheit einen zu geringen Wasserstand aufwies, das Wasser aus dem zuspaisenden Gerinne zur Gänze zum Feuerlöschteich leitete, obwohl durch dieses Gerinne zum Teil auch ein privater Fischteich gespeist wird.

Dies wurde vom Pächter des Fischteiches zur Anzeige gebracht und GR Franz Müllner wurde wegen fahrlässiger Herbeiführung einer Gefahr für den Tier- und Pflanzenbestand gemäß § 183 StGB zu einer bedingten Geldstrafe von S 9000,-- verurteilt. Über die Aufteilung des erwähnten wasserführenden Gerinnes zwischen Fisch- und Feuerlöschteich läuft schon seit zwei Jahren ein wasserrechtliches Verfahren bei der Bezirkshauptmannschaft Zwettl.

Da GR Franz Müllner die inkriminierte Handlung in seiner Eigenschaft als Ortsvorsteher im Interesse der Löschwasserversorgung des Ortes gesetzt hat, beantragt der Stadtrat, ihm analog zu den für Gemeindebedienstete geltenden gesetzlichen Bestimmungen die Anwaltskosten in der Höhe von S 15 072,24 zu ersetzen.

GR Erich Böhm erklärt namens seiner Fraktion die Zustimmung, der Fall sollte aber grundsätzlich Anlaß sein, das Problem des Löschwassers generell zu lösen und Sorge zu tragen, daß ausreichend Löschwasser vorhanden ist.

Der Bürgermeister pflichtet dem grundsätzlich bei, im gegenständlichen Fall handelt es sich aber um einen Extremfall und es war auch hier schon vor der Anzeige eine Lösung im Sinne einer gleichmäßigen Aufteilung des Wassers vorgesehen, die aber noch wasserrechtlich genehmigt werden muß.

Sohin wird der Antrag des Stadtrates

einstimmig beschlossen.

7. Subventionen an Feuerwehren (Zl. 163-0)

Der Stadtrat beantragt, den Feuerwehren der Stadtgemeinde Zwettl-NÖ für das Jahr 1992 folgende Zuschüsse zu gewähren:

Eschabruck	S 10 000,--	Merzenstein	S 10 000,--
Friedersbach	" 14 000,--	Mitterreith	" 10 000,--
Germanns	" 10 000,--	Moidrams	" 12 000,--
Gerotten	" 10 000,--	Oberstrahlbach	" 15 000,--
Gradnitz	" 10 000,--	Rieggers	" 13 000,--
Großglobnitz	" 19 000,--	Dorf Rosenau	" 10 000,--
Großhaslau	" 11 000,--	Schloß Rosenau	" 18 000,--
Gschwendt	" 10 000,--	Rudmanns	" 12 000,--
Hörmanns	" 10 000,--	Stift Zwettl	" 15 000,--
Jagenbach	" 15 000,--	Unterrabenthan	" 10 000,--
Jahrings	" 13 000,--	Uttissenbach	" 10 000,--
Kleinschönau	" 10 000,--	Wolfsberg	" 10 000,--
Marbach am Walde	" 15 000,--		

Vorstehende Subventionen werden

einstimmig beschlossen.

8. Errichtung eines Feuerwehrdepots in der KG Friedersbach (Zl. 163-0)

In der KG Friedersbach soll auf dem neu angekauften Grundstück Parz.Nr. 2337/1, EZ neu, ein Feuerwehrdepot errichtet werden.

Der Stadtrat beantragt, so wie bei den anderen Feuerwehrhäusern auch zu diesem Neubau eine Subvention in der Höhe von S 1 000 000,-- zu gewähren, welche zu folgenden Teilen ausbezahlt werden soll:

1992	S 120 000,--,
1993	" 280 000,--,
1994	" 300 000,-- und
1995	" 300 000,--.

Mit der Auszahlung dieser Subvention soll erst begonnen werden, wenn von der Freiwilligen Feuerwehr ein Finanzierungsplan vorgelegt wird, aus dem hervorgeht, daß die Finanzierung des Gesamtprojektes gesichert ist.

Der Bürgermeister berichtet ergänzend, daß mit dem Bau seitens der Freiw. Feuerwehr Friedersbach ohne Zustimmung der Gemeinde eigenmächtig begonnen wurde; auch wurde entgegen dem baubehördlich eingereichten Projekt auch ein Kellergeschoß vorgesehen. Der Bau wurde daher eingestellt und die Lieferanten davon benachrichtigt, daß sich die Gemeinde zu keinerlei Kostenübernahme verpflichtet fühle.

GR Josef Hölzl findet es bedenklich, daß trotz anderslautender baubehördlicher Bewilligung ein Keller errichtet wurde; diesbezüglich wären von der Baubehörde Konsequenzen zu ziehen.

Der Bürgermeister stellt hierzu fest, daß nun zunächst die Finanzierungsvorschläge abgewartet werden sollen; ein Abbruch der bereits errichteten Teile hätte zur Folge, daß auch diese Kosten verloren wären. Es besteht die Möglichkeit, das Gebäude in zwei Bauabschnitten zu errichten, die Feuerwehr könnte den zweiten Abschnitt später einmal in Angriff nehmen, wenn die Mittel hierfür vorhanden sind. In der neuerlichen Bauverhandlung über den ersten Bauabschnitt könnte das Kellergeschoß mitgenehmigt werden.

GR Dr. Johann Berger stellt den Zusatzantrag, die vorgesehene Gemeindesubvention grundsätzlich zu genehmigen, jedoch die auf die kommenden Jahre entfallenden Raten jeweils neu zu beschließen.

Der Bürgermeister sieht darin keinen Sinn; wenn der Feuerwehr der Gesamtbetrag einmal zugesichert ist, muß sie sich schließlich darauf verlassen können und es erübrigt sich andererseits jeder weitere Beschluß; selbstverständlich müssen die einzelnen Teilbeträge in den künftigen Voranschlägen vorgesehen werden.

Da in der weiteren Debatte GR Dr. Johann Berger von seiner Meinung nicht abgeht, läßt der Bürgermeister über den Zusatzantrag abstimmen. Er wird mit

2 Pro- und
31 Contra-Stimmen abgelehnt

Der Hauptantrag des Stadtrates wird

einstimmig beschlossen.

9. Feuerlöschbehälter in der KG Marbach am Walde; Sanierung (Zl. 163-2)

Aufgrund einer Erhebung der techn. Bauabteilung wurde festgestellt, daß der Feuerlöschbehälter der KG Marbach am Walde, Bfl. .64, bedingt durch Risse und Frostschäden undichte Stellen aufweist und dadurch die umliegenden Wiesen durchnäßt. Aus diesen Gründen mußte eine sofortige Sanierung durchgeführt werden.

Zur Sanierung wurde auf der Innenseite des Behälters eine ca. 10 - 15 cm dicke, wasserdichte Betonschale hergestellt und zur Eingrenzung ein Holzlattenzaun errichtet.

Gemäß Kostenaufstellung der techn. Bauabteilung betragen die Gesamtkosten S 53 980,-- inkl. USt.

Der Großteil der Arbeitsleistungen wurde von der Ortsbevölkerung zum Stundensatz von S 70,--/Stunde durchgeführt.

Der Stadtrat beantragt die nachträgliche Genehmigung.

Einstimmig genehmigt.

10. Anschaffungen für Schulen und Kindergärten (Zl. 2115-1, 249-0)

Der Stadtrat beantragt die Genehmigung folgender Anschaffungen für Schulen und Kindergärten:

a) Volksschule Marbach am Walde:

Ankauf von Musikinstrumenten und Schlittschuhen zum Preis von S 17 000,--;

b) Kindergarten Marbach am Walde:

Anschaffung einer Zusatzeinrichtung für die Chlordioxydanlage samt Installation zum Preis von S 31 228,-- exkl.USt. gemäß dem Anbot der Fa. Lux Ges.m.b.H., Zwettl, vom 4. November 1992.

GR Erich Böhm fragt an, warum für eine Volksschule Schlittschuhe angekauft werden und verweist auf die Beispielsfolgen.

StR. Leopold Rechberger erklärt dies damit, daß in der Volksschule Marbach am Walde fast keine Kinder eigene Schlittschuhe haben und der Eislaufverein zu wenig passende Größen zum Ausleihen hat; es könnten aber diese Schlittschuhe auch für den Eislaufverein angeschafft und sodann den Schulen zur Verfügung gestellt werden und es wird daher die Beschlußfassung mit diesem Zusatz beantragt.

Einstimmig genehmigt.

11. Sporthalle und Kindergarten Zwettl; Verträge über Reinigung (Zl. 241, 262)

Die Fa. P.PEDUS SERVICE P. Dussmann Ges.m.b.H. & Co KG, Wien, hat die bestehenden Verträge über die Reinigung der Sporthalle Zwettl und des Kindergartens Zwettl per 31. Dezember 1992 gekündigt. Es müssen daher neue Verträge abgeschlossen werden.

Der Stadtrat beantragt den Vertragsabschluß mit dem jeweiligen Bestbieter.

StR. Leopold Rechberger berichtet, daß sich aufgrund der eingeholten Angebote von den Firmen IGK, Wien und Lugmaier, Schönbach, die Fa. Christine Lugmaier als Bestbieter erwiesen hat; sie ist auch bereit, die bisherigen Mitarbeiter der Fa. P. PEDUS zu übernehmen. Er beantragt daher die Auftragsvergaben für Sporthalle und Kindergarten Zwettl an die Fa. Christine Lugmaier.

Einstimmig beschlossen.

12. Ankauf von Holzskulpturen; Errichtung von Betonfundamenten (Zl. 312)

Der im Rahmen der Zwettler Bildhauerwochen in Zwettl tätig gewesene Künstler Leslie de Melo hat im Rahmen seiner Diplomarbeit eine Holzskulpturengruppe geschaffen und würde dieses Werk der Stadtgemeinde Zwettl-NÖ zwecks Aufstellung an einem öffentlichen Platz zum Preis von S 70 000,-- käuflich überlassen.

Das dazu notwendige Fundament würde laut Kostenvoranschlag der Fa. Ing. Georg Feßl Ges.m.b.H. & Co KG, Zwettl, vom 13. Oktober 1992 S 50 244,-- inkl.USt. betragen. Ein geeigneter Standplatz (Kampwiese neben der B 38) ist vorhanden.

Ein Förderungsansuchen wurde bei der Kulturabteilung der NÖ Landesregierung eingebracht und es ist

damit zu rechnen, daß der größte Teil der Anschaffung mit einem nichtrückzahlbaren Beitrag subventioniert wird.

Der Stadtrat beantragt die Genehmigung.

GR Dr. Johann Berger kritisiert, daß keine Deckung im Voranschlag gegeben ist und daß zu wenig Vorinformation gegeben war, um den künstlerischen Wert beurteilen zu können.

StR. Leopold Rechberger stellt hiezu fest, daß für die Gemeinde lediglich Kosten von S 30 000,-- anfallen werden, da vom Land der gesamte Preis der Skulptur sowie S 20 000,-- für das Fundament bereits als Subvention zugesagt wurden. Das Werk selbst wäre in Klagenfurt zu besichtigen gewesen, wo es ausgestellt war.

Nach weiterer kurzer Debatte wird der Antrag des Stadtrates

einstimmig genehmigt.

13. Dorferneuerungsverein Rudmanns; Gewährung einer Subvention (Zl. 369)

Dem Dorferneuerungsverein Rudmanns soll für diverse Dorferneuerungsaktionen (Restaurierung der Kapelle, Gestaltung des Kinderspielplatzes etc.) eine Subvention in der Höhe von S 20 000,-- gewährt werden.

Der Stadtrat beantragt die Genehmigung.

Einstimmig genehmigt.

14. Subventionen an Vereine (Zl. 369)

Der Stadtrat beantragt, im Jahr 1992 folgende Subventionen an Vereine und Organisationen zu vergeben:

✓ Turn- und Sportunion Zwettl (inkl. Sektionen Tennis, Volleyball, Bogenschützen) ...	S 60 000,--
✓ Union SC Oberstrahlbach	" 5 000,--
✓ USC Friedersbach	" 5 000,--
✓ Union SC Großglobnitz	" 5 000,--
✓ NÖ Berg- und Naturwacht, Ortseinsatzleitung Zwettl	" 5 000,--
✓ Österr. Alpenverein, Ortsgruppe Zwettl	" 15 000,--
✓ Naturfreunde	" 5 000,--
✓ Pfadfinder Zwettl	" 5 000,--
✓ Theatergruppe Zwettl	" 25 000,--
✓ Bildungshaus Stift Zwettl	" 40 000,--
✓ Volkshochschule Zwettl	" 18 000,--
✓ Musikverein C.M. Ziehrer, Zwettl	" 20 000,--
✓ Budo-Center Waldviertel, Zwettl	" 3 000,--
✓ Singkreis Zwettl	" 5 000,--
✓ SC Zwickl Zwettl	" 7 000,--
✓ Schachklub Zwettl	" 3 000,--
✓ Pfadfinder Stift Zwettl	" 3 000,--
✓ ÖTB - Turnverein Zwettl	" 3 000,--
✓ Museumsverein Zwettl	" 90 000,--
✓ Hauptschulgemeinde Zwettl	" 55 000,--
✓ Eissportverein Zwettl	" 97 000,--
✓ Sportunion Rudmanns-Stift Zwettl	" 65 000,--
✓ Jeunesse - Musikalische Jugend Österreichs	" 10 000,--
✓ Kunstverein Zwettl - Blaugelbe Viertelsgalerie	" 50 000,--
✓ Musikverein Marbach am Walde	" 8 000,--
✓ Kuratorium der Leopold-Figl-Stiftung	" 1 000,--
✓ Trialklub Schleifgraben	" 3 000,--
✓ Wanderreitzentrum Waldviertel, Reitergruppe Rudmanns	" 3 000,--

StR. Leopold Rechberger beantragt zusätzlich die Gewährung einer Subvention an den

- ✓ Reit- und Fahrverein Schloß Rosenau in der Höhe von S 10 000,-- und an den
- ✓ Fremdenverkehrsverein Schloß Rosenau in der Höhe v. " 5 000,--.

GR Dr. Johann Berger ersucht um Begründung der Höhe der Subvention des Eissportvereines Zwettl und plädiert für Einsichtnahme in die Vereinsgebarung.

StR. Lepold Rechberger stellt hiezu fest, daß für die Subventionshöhe steuertechnische Gründe maßgeblich sind; die Einsichtnahme in die Vereinsgebarung sei kein Problem.

Sohin werden der Antrag des Stadtrates samt Zusatzantrag von StR. Lepold Rechberger

einstimmig beschlossen.

15. Kriegsoffer- und Behindertenverband, Pensionistenverbände; Subventionsgewährung (Zl. 416, 429-0)

Aufgrund von vorliegenden Ansuchen sollen an die nachstehenden Verbände folgende Subventionen gewährt werden:

- a) Kriegsoffer- und Behindertenverband Zwettl S 5000,--
- b) NÖ Seniorenbund, Stadtgruppe Zwettl " 3000,--
- c) NÖ Seniorenbund, Ortsgruppen Friedersbach, Großglobnitz, Jagenbach, Rudmanns, Oberstrahlbach, Riegers und Rosenau-Jahrings für Zwettl Land je " 1000,--
- d) Pensionistenverband, Ortsgruppe Zwettl " 3000,--
- e) Pensionistenverband, Ortsgruppe Schloß Rosenau " 1000,--

Der Stadtrat beantragt die Genehmigung.

Einstimmig genehmigt.

16. Gewährung eines Zuschusses für Unkrautstriegel; Erlassung von Richtlinien (Zl. 529)

Im Rahmen der Umweltaktion "Sauberes Grundwasser" soll der zunehmenden Grundwasserbelastung durch den vermehrten Einsatz von Unkrautstriegeln zur mechanischen Unkrautbekämpfung entgegengewirkt werden und es soll daher eine Förderungsaktion durchgeführt werden.

Für den Ankauf von Unkrautstriegeln soll durch Gewährung eines nichtrückzahlbaren Zuschusses ein finanzieller Anreiz zum Umstieg von der chemischen auf die mechanische Unkrautbekämpfung geschaffen werden. Die Förderung soll 10 % der Anschaffungskosten, jedoch höchstens S 5000,-- je Gerät betragen; wird das Gerät durch eine Maschinengemeinschaft von zwei Landwirten angekauft, erhöht sich das Förderungsausmaß auf 14 %, max jedoch S 7000,-- , und besteht die Maschinengemeinschaft aus drei oder mehr Landwirten, erhöht sich der Zuschuß auf 16 %, jedoch max. S 8000,--.

Die weiteren Bedingungen sind aus dem Entwurf der Richtlinien ersichtlich, welcher den Fraktionen übermittelt wurde.

Die Durchführung der Förderungsaktion wird

einstimmig beschlossen.

17. Förderung von Solaranlagen (Zl. 529)

a) Franz ENGELMAYER, Kleinotten 28

Die Anschaffungskosten der Sonnenkollektoren für zwei Wohnungen betragen S 28 764,--; der Zuschuß beträgt daher S 5752,80.

Das Ansuchen wurde geprüft und entspricht den Richtlinien des Gemeinderates.

b) Johann ARTNER, Zwettl, Dreifaltigkeitsplatz 3

Die Solaranlage dient der Warmwasseraufbereitung auf der Liegenschaft Gartenstraße, die nicht vom Gesuchsteller bewohnt wird, sondern vermietet ist.

Die Anschaffungskosten der Sonnenkollektoren im Selbstbau betragen S 11 350,61, der Zuschuß würde S 3270,12 betragen.

c) Josef WINTER, Uttissenbach 6

Dieses Ansuchen entspricht nicht den geltenden Förderungsrichtlinien, da sich die Solaranlage auf einer unbewohnten Liegenschaft befindet und es sich um eine Freiaufstellung handelt.

Der Stadtrat beantragt, das Ansuchen zu

- a) zu genehmigen und den Zuschuß zu gewähren;
- b) zu genehmigen und den Zuschuß zu gewähren; das Ansuchen entspricht zwar insofern formell nicht den Richtlinien, da es sich um eine Mietwohnung handelt, eine positive Erledigung entspricht jedoch den Intentionen der Richtlinien im Hinblick auf den Umweltschutz;
- c) abzulehnen, da es nicht den Richtlinien entspricht.

Einstimmig beschlossen.

18. A.ö. Krankenhaus; Neuvergabe der Reinigungsarbeiten (Zl. 550-2)

Die Fa. P. PEDUS SERVICE P. Dussmann Ges.m.b.H. & Co KG hat den Reinigungsvertrag für das a.ö. Krankenhaus per 31. Dezember 1992 gekündigt und dies mit einem negativen Betriebsergebnis begründet.

Bei den hierauf eingeholten Anboten von den Firmen

FACH Ges.m.b.H., St. Pölten,

BELLA Ges.m.b.H., Wien,

AREG Ges.m.b.H., Krems,

HYGIENICA Reinigungs Ges.m.b.H., Krems,

IGK Gerhard HAINZL Ges.m.b.H., Wien und

P. PEDUS SERVICE P. Dussmann Ges.m.b.H. & Co KG

erwies sich die IGK Gerhard HAINZL Ges.m.b.H. mit errechneten Jahreskosten von S 2 925 400,-- (gegenüber der zweitgünstigsten Fa. P. PEDUS SERVICE P. Dussmann Ges.m.b.H. & Co KG mit S 3 582 860,-- als Bestbieter.

Da die über den Bestbieter eingeholten Referenzen sehr positiv sind, beantragt der Stadtrat, die Reinigung an die Fa. IGK Gerhard HAINZL Ges.m.b.H., Wien, zu vergeben.

Der Antrag wird nach kurzer Debatte, in der GR Dr. Johann Berger wegen nicht sehr sozialen Verhaltens der Fa. P. PEDUS SERVICE P. Dussmann Ges.m.b.H. & Co KG gegenüber den Dienstnehmern auf besondere Vorsicht hinsichtlich der zu beauftragenden Firma appelliert und StR. Johann Hofbauer über die sehr guten Referenzen der Fa. IGK berichtet, einstimmig beschlossen.

19. A.ö. Krankenhaus; Investitionsanträge (Zl. 550-2)

Von der Krankenhausleitung wird die Genehmigung für folgende Investitionsanträge beantragt:

a) Unruhestuhl

laut Anbot der Fa. Hobi, Kottlingbrunn, zum Preis von S 15 925,-- zuzügl. USt., welcher vor allem an der Abteilung für Innere Medizin für die Mobilisation von alten, körperlich schwachen Menschen benötigt wird;

b) urologisch-endoskopisches Instrumentarium

laut Anbot der Fa. Karl Bayer, Wien, zum Preis von insgesamt S 41 135,-- zuzügl. USt., welches vor allem für die urologische Untersuchung von Kindern benötigt wird;

c) WS-Fixateur Interne (Instrumente- und Implantatzusammenstellung)

laut Anbot der Fa. Synthes, Salzburg, zum Preis von insgesamt S 67 151,-- zuzügl. USt., welche in der orthopädischen Abteilung für Wirbelsäulenoperationen benötigt wird;

d) DINAMAP OSCILLOMETER 1846 SX inkl. Standardzubehör

laut Anbot der Fa. SANITAS Medizintechnik, Salzburg, zum Preis von insgesamt S 65 792,-- zuzügl. USt., welches für die intensivmedizinische Überwachung von Kindern benötigt wird;

e) 8 Stück Ultraschallvernebler MEDISONIC 300 H samt Zubehör

laut Anbot der Fa. HABEL Medizintechnik, Wien, zum Preis von insgesamt S 172 320,-- für welche Bedarf an den Abteilungen für Orthopädie, Interne und Kinder besteht;

f) Koagulometer IL ACL 2000

von der Fa. Instrumentation Laboratory Ges.m.b.H., Wien, zum Sondernettopreis von S 369 000,-- abzügl. S 18 500,-- Naturalrabatt; das Gerät wird im Labor zur Bestimmung des Gerinnungsstatus des Blutes benötigt.

Alle vorstehenden Anschaffungen sind im Voranschlag 1992 vorgesehen bzw. sind im Jahr 1992 noch gedeckt.

Der Stadtrat beantragt die Genehmigung.

Einstimmig genehmigt.

20. Vereinbarungen mit der NÖ Landesstraßenverwaltung über Schneeräumungsarbeiten und winterliche Glättebekämpfung auf Ortsdurchfahrtsstraßen (Zl. 611)

Von den Straßenmeistereien Zwettl und Allentsteig wurden neue vertragliche Vereinbarungen über den Winterdienst in Ortsdurchfahrten vorgelegt; im Bereich der Straßenmeisterei Zwettl beträgt die Gesamtlänge der betreuten Strecken 20,915 km und die Kosten betragen S 268 357,81; im Bereich der Straßenmeisterei Allentsteig beträgt die Streckenlänge 0,552 km und der Kostenersatz beträgt S 7640,07.

Der Stadtrat beantragt die Genehmigung.

Einstimmig genehmigt.

21. KG Niederglobnitz, Hochwasserschutz-Einreichprojekt; Auftragsvergabe (Zl. 621)

Mit Gemeinderatsbeschluß vom 6. Juli 1992 wurde ein Gemeindebeitrag für eine Regulierung des Rothbaches mit Rückbaumaßnahmen im Bereich von Niederglobnitz in der Höhe von S 400 000,-- genehmigt. Aufgrund einer Empfehlung der Abt. B/3-A des Amtes der NÖ Landesregierung soll nun der Auftrag für das Einreichprojekt an den Zivilingenieur für Kulturtechnik und Wasserwirtschaft Dipl.-Ing. Frederick M. Cate, Hintersdorf, zur Anbotsumme von S 174 000,-- inkl. USt. vergeben werden.

Diese Projektkosten sind von der Gemeinde vorzufinanzieren, werden aber auf den bereits beschlossenen Kostenbeitrag der Gemeinde angerechnet.

Der Stadtrat beantragt die Genehmigung.

Der Bürgermeister berichtet ergänzend, daß die Abt. B/3-A des Amtes der NÖ Landesregierung vor einigen Tagen mitgeteilt hat, daß sich die Gesamtkosten voraussichtlich auf S 2,5 Millionen belaufen werden und der Gemeindeanteil daher S 500 000,-- beträgt. Er stellt daher den Zusatzantrag, diese Kosten-
erhöhung mitzugenehmigen.

GR Dr. Johann Berger ist der Meinung, daß noch weitere Zivilingenieure zur Anbotlegung eingeladen werden sollten, da der vorgeschlagene Zivilingenieur Cate als harter Verbauer bekannt ist. Er schlägt vor, auch Dipl.-Ing. Raffelsberger oder Dipl.-Ing. Kainz zur Anbotlegung einzuladen.

Nach weiterer kurzer Debatte stellt StR. Leopold Rechberger den Zusatzantrag, Dipl.-Ing. Kainz zu beauftragen, wenn dies von der Abt. B/3-A des Amtes der NÖ Landesregierung akzeptiert wird und Dipl.-Ing. Kainz bereit ist, den Auftrag zu den gleichen finanziellen Bedingungen wie Dipl.-Ing. Cate auszuführen.

Der Antrag des Stadtrates sowie die Zusatzanträge des Bürgermeisters und StR. Leopold Rechberger werden

einstimmig genehmigt.

22. KG Rudmanns, Siedlung Waldviertel; Herstellung eines Gehsteiges und Parkstreifens (Zl. 612)

Im Bereich der neuen Siedlung der Wohnbaugesellschaft Waldviertel in der KG Rudmanns ist es erforderlich, vor dem zweiten Siedlungsteil die geplanten Parkstreifen und Gehsteige sowie die Zufahrtsstraße zu errichten.

Bei der Errichtung des ersten Siedlungsteiles wurde bereits ein Kostenvergleich durchgeführt, wobei sich die Fa. Swietelsky Baugesellschaft m.b.H. als Billigstbieter erwies.

Die Fa. Swietelsky Baugesellschaft m.b.H. ist bereit, das Bauvorhaben zu gleichen Preisen und Bedingungen wie beim ersten Siedlungsteil auszuführen. Die Gesamtkosten betragen S 357 564,-- inkl.USt. Mit den Bauarbeiten wurde bereits begonnen, um sie noch im Jahr 1992 abschließen zu können.

Der Stadtrat beantragt die nachträgliche Genehmigung.

GR Gerhard Mayer kritisiert, daß die Genehmigung des Gemeinderates nicht rechtzeitig vorher eingeholt wurde, da die Arbeiten vorzusehen waren.

StR. Franz Edelmaier erklärt dies dahingehend, daß die Asphaltierung der öffentlichen Verkehrsflächen wegen der Baufahrzeuge immer am Schluß erfolgt; aufgrund des unerwartet raschen Baufortschrittes bestand nun die Möglichkeit, die Arbeiten noch vor dem Winter durchzuführen, weshalb der Auftrag noch vor Beschlußfassung an die ohnedies an der Baustelle tätige Fa. Swietelsky Baugesellschaft m.b.H. vergeben wurde.

Nach weiterer kurzer Debatte wird der Antrag des Stadtrates

einstimmig genehmigt.

23. Grenzfestsetzung in der KG Kleehof; Vergleich mit Maria Fletzer, Kleehof 1 (Zl. 612-1)

Aufgrund des Beschlusses des Gemeinderates vom 13. Mai 1992 wurde beim Bezirksgericht Zwettl die gerichtliche Grenzfestsetzung zwischen der Gemeindestraße Parz.Nr. 93 öffentl. Gut der KG Kleehof und den der Maria Fletzer, Kleehof 1, gehörigen Grundstücken Nr. 5/5, .2/1, 51/2, 55/1 und 55/2 beantragt.

Bei den am 20. Oktober und 13. November 1992 stattgefundenen Tagsatzungen wurden folgende gerichtliche Vergleiche geschlossen, die gemäß § 35 Abs. 2 Z 10 der NÖ Gemeindeordnung vom Gemeinderat zu genehmigen wären:

1. "Die Grenze zwischen dem Grundstück der Antragstellerin Nr. 93 KG Kleehof und dem Grundstück der Antragsgegnerin Nr. 55/1 und 55/2 KG Kleehof verläuft so, wie in dem Vermessungsplan GZA 77/79 des Vermessungsamtes Zwettl der natürliche Lauf des Weges 93 eingezeichnet ist, u.zw. in einer Breite von 4 m."
2. "Die Grenze zwischen dem Grundstück der Antragstellerin Nr. 93 KG Kleehof und dem Grundstück der Antragsgegnerin Nr. 5/5 KG Kleehof verläuft durch folgende Punkte in gerader Linie:
 1. Punkt 85 cm vom südlichen Eck des bestehenden Rinderstalles auf dem Grundstück 5/5 KG Kleehof in Verlängerung der südöstlichen Hausflucht.
 2. Punkt 4,55 m vom Eck der Grundstücke Nr. 51/2 und 5/7 (Mayerhofer) in nordöstlicher Richtung (= senkrecht zur Wegachse).

Vom 2. Punkt verläuft die Grenze in gerader Linie bis zur Grenze der Grundstücke 5/5 und 5/6 in Richtung des Punktes 6 laut Anmeldungsbogen GZA 77/79 des Vermessungsamtes Zwettl, der in der Natur durch einen Grenzstein markiert ist.

Die Grenze zwischen dem Grundstück 93 und dem Grundstück 51/2 KG Kleehof verläuft so wie auf dem Teilungsplan GZ 631/59 des Ing. Johann Brunner.

Die Wirksamkeit dieses Vergleiches ist bedingt durch die Genehmigung des Gemeinderates der Stadtgemeinde Zwettl."

Die Kosten der eigenen Rechtsvertretung sind von der Gemeinde zu tragen.

./.

Der Stadtrat beantragt die Genehmigung des Vergleiches und die Vermessung der darin festgelegten Grenzen sowie die grundbücherliche Durchführung. Die damit verbundenen Kosten werden von der Gemeinde getragen.

Einstimmig genehmigt.

24. Mag. Klaus Lange, Zwettl, Weitraer Straße 55; Wegverlegung in der KG Jagenbach (Zl. 612-1)

Der Verlauf des öffentlichen Weges Parz.Nr. 4056 der KG Jagenbach ist im Katasterplan zwischen den Grundstücken Nr. 1608 und 1612 des Mag. Klaus Lange dargestellt. Der Mappenstand stimmt jedoch mit dem Stand in der Natur nicht überein, da schon der Vorbesitzer Minihold eine Wegverlegung durchführte.

Der nunmehrige Eigentümer der Grundstücke Nr. 1608 und 1612 Mag. Klaus Lange ersucht um Genehmigung dieser Wegverlegung, Auflassung und kostenlose Überlassung der entbehrlich gewordenen Teilfläche. Er erklärt sich bereit, die neue über seine Grundstücke Nr. 1608, 1612 und 1626 führende Wegtrasse in ausreichender Breite samt Einbindung in die Landesstraße kostenlos an das öffentliche Gut der Gemeinde abzutreten und die Kosten der Vermarkung, Vermessung, Erstellung der Vermessungsurkunde, grundbücherlichen Durchführung sowie Abgaben und Gebühren welcher Art auch immer, zu tragen.

Bei der am 3. Dezember 1990 durchgeführten Auflassungsverhandlung wurde festgestellt, daß der Mappenstand mit dem Stand in der Natur nicht übereinstimmt und gegen die Wegverlegung grundsätzlich keine Bedenken bestehen.

Der Stadtrat beantragt,

- a) die Verlegung des öffentlichen Weges Parz.Nr. 4056 und den damit zusammenhängenden Grundtausch mit Mag. Klaus Lange zu genehmigen, wobei sämtliche Kosten vom Gesuchsteller zu tragen sind;
- b) die neue Wegtrasse in das öffentliche Gut der Stadtgemeinde Zwettl-NÖ zu übernehmen und gemäß § 32 Abs. 5 des NÖ Landesstraßengesetzes als Gemeindestraße dem öffentlichen Verkehr zu widmen;
- c) zu erklären, daß gegen eine Verbücherung gemäß § 15 ff Liegenschaftsteilungsgesetz, BGBl.Nr. 3/1930 i.d.dzt.g.F., kein Einwand besteht.

Einstimmig beschlossen.

25. Ansuchen um Sondernutzung von Straßengrund (Zl. 612-2)

Die EVN Energie-Versorgung Niederösterreich AG, Bezirksstelle Zwettl, beabsichtigt die Verlegung nachstehender Niederspannungskabel:

- a) KG Jagenbach, Parz.Nr. 4039/4, 4040/1 und Maisbachbrücke

Zur Verlegung eines Niederspannungskabels ist die Längsführung und Querung der Gemeindestraße Parz.Nr. 4039/4 und 4040/1 und der Brücke über den Maisbach erforderlich.
Verlegungstiefe ca. 0,80 bis 1,00 m.

- b) KG Jagenbach, Parz.Nr. 3806/4 bei Gasthaus Hofbauer

Zur Verlegung eines Niederspannungskabels ist die Querung der Gemeindestraße Parz.Nr. 3806/1 erforderlich.
Verlegungstiefe ca. 1,00 m.

- c) KG Merzenstein, Parz.Nr. 1428/2 und 1429

Zur Verlegung eines Hochspannungskabels ist die Querung der Gemeindestraße Parz.Nr. 1428/2 und 1429 erforderlich.
Verlegungstiefe ca. 1,00 m.

Der Stadtrat beantragt, die angeführten Ansuchen um Sondernutzung von Gemeindestraßengrund zu bewilligen und Sondernutzungsverträge gemäß dem in der Sitzung des Gemeinderates vom 1. März 1985 genehmigten Vertragsmuster abzuschließen.

Einstimmig beschlossen.

26. KG Moidrams; Übernahme des Grundstückes Nr. 1137/1 in das öffentliche Gut (Zl. 612-5)

Das gemeindeeigene Grundstück Nr. 1137/1, EZ 11 des Grundbuches der KG Moidrams stellt u.a. die Zufahrt zur Liegenschaft Moidrams 49 der Ehegatten Franz und Erika Koppensteiner dar.

Da das Zufahrtsrecht grundbücherlich nicht sichergestellt ist, ersuchen die Ehegatten Koppensteiner mit Schreiben vom 15. Oktober 1992 um Einräumung einer entsprechenden Dienstbarkeit bzw. um Übernahme in das öffentliche Gut der Gemeinde.

Da das gegenständliche Grundstück mit einer Katasterfläche von 85 m² in der Natur eine geschotterte Zufahrt zu den Anrainern Koppensteiner, Lang und Mayerhofer darstellt und somit die Interessen mehrerer Grundstückseigentümer betroffen sind, wäre es angezeigt, um alle Rechte gleichermaßen wahren zu können, das gemeindeeigene Grundstück Nr. 1137/1 in das öffentliche Gut zu übernehmen.

Der Stadtrat beantragt, die Übernahme in das öffentliche Gut der Gemeinde zu genehmigen und folgende Verordnung zu beschließen:

./.

" V E R O R D N U N G

Gemäß § 32 Abs. 5 des NÖ Landesstraßengesetzes, LGBl. 8500-3, wird das Grundstück Parz.Nr. 1137/1, EZ 11 des Grundbuches der KG Moidrams als Gemeindestraße dem öffentlichen Verkehr gewidmet."

Einstimmig beschlossen.

27. KG Zwettl Stadt; Übernahme des Grundstückes Nr. 831/1 (Parkplatz Gartenstraße-Kampufer) in das öffentliche Gut (Zl. 612-5)

Auf dem zwischen der Gartenstraße und dem Kampufer befindlichen gemeindeeigenen Grundstück Nr. 831/1 der EZ 4 des Grundbuches der KG Zwettl Stadt wurde 1989 ein öffentlicher Parkplatz errichtet.

Da die Nutzung als öffentliche Verkehrsfläche erfolgt, wäre dieses Grundstück in das öffentliche Gut der Stadtgemeinde Zwettl-NÖ zu übernehmen.

Der Stadtrat beantragt, das gemeindeeigene Grundstück Nr. 831/1 der KG Zwettl Stadt in das öffentliche Gut der Gemeinde zu übernehmen und in diesem Zusammenhang folgende Verordnung zu beschließen:

" V E R O R D N U N G

Gemäß § 32 Abs. 5 des NÖ Landesstraßengesetzes, LGBl. 8500-3, wird das Grundstück Parz.Nr. 831/1, EZ 4 des Grundbuches der KG Zwettl Stadt als Gemeindestraße dem öffentlichen Verkehr gewidmet."

Einstimmig beschlossen.

28. Bauhof, Anschaffung einer Funkanlage (Zl. 617-2)

Für den Bauhof soll eine Funkanlage angeschafft werden.

Der Stadtrat beantragt die Vergabe der Lieferung an den Bestbieter.

StR. Franz Edelmaier berichtet, daß Anbote vom Raiffeisen-Lagerhaus Zwettl und der Fa. Ing. Mengl, Zwettl, eingeholt wurden, wobei sich die Fa. Ing. Mengl Ges.m.b.H. gemäß Anbot vom 15. Dezember 1992 mit einer Anbotsumme von S 329 942,40 inkl. USt. als Bestbieter erwies. Er beantragt daher die Auftragsvergabe an die Fa. Ing. Mengl Ges.m.b.H.

Einstimmig beschlossen.

29. WVA Zwettl-WVA Rudmanns, Kleinschönau, Kleehef, Friedersbach und Mitterreith; Herstellung einer Rohrleitungsverbindung (Zl. 8103, 8105)

Mit Gemeinderatsbeschluß vom 4. November 1992 wurde ein Teilabschnitt der Rohrleitungsverlegung zu den Wasserversorgungsanlagen Rudmanns und Kleinschönau genehmigt und aufgrund der günstigen Witterungsverhältnisse bereits errichtet.

Da eine Weiterarbeit derzeit möglich ist, beantragt der Stadtrat die Genehmigung der weiteren Leitungsverlegung soweit es die Winterwitterung erlaubt; die restlichen Kosten werden gemäß Ermittlung der Techn. Bauabteilung S 2 192 012,-- exkl. USt. betragen.

Die Auftragsvergabe soll wie bisher hinsichtlich der Rohrleitungen an die Fa. Lux Ges.m.b.H., Zwettl, und hinsichtlich der Grabarbeiten an die Fa. Binder, Friedersbach, ergehen.

Mit 2 Gegenstimmen
genehmigt.

30. KG Zwettl Stadt; Überrechnung des Kanalnetzes (Zl. 8110)

Im Zuge der Erstellung der wasserrechtlichen Kollaudierungsunterlagen für die Kläranlage und der gesamten Kanalisation Zwettl wird von der Wasserrechtsbehörde eine gesamte Überrechnung des Kanalnetzwerkes verlangt, welche den Kollaudierungsunterlagen beigelegt werden muß.

Das Büro Dipl.-Ing. Dr. Lengyel ersucht nun um den Auftrag für die Erstellung der Kanalüberrechnung zu einem Pauschalbetrag in der Höhe von S 150 000,-- exkl.USt.

Bei Unterschreitung von mehr als 10 % dieses Betrages wird ein Vergleich mit dem Stundenaufwand hergestellt und dann die günstigere Abrechnungsvariante weiterverrechnet.

Die Honorarkosten werden erst im Jahr 1993 entstehen.

Der Stadtrat beantragt die Genehmigung und Auftragsvergabe an das Büro Dipl.-Ing. Dr. Lengyel.

Einstimmig genehmigt.

31. Abwasserbeseitigungsanlage Großglobnitz; Zusicherung von Förderungsmitteln aus dem Umwelt- und Wasserwirtschaftsfonds und dem NÖ Landes-Wasserwirtschaftsfonds (Zl. 8113)

Mit Schreiben der NÖ Landesregierung vom 18. Mai 1992, Zl. LWWF-6940/1, wurde der Gemeinde für den Bau der Abwasserbeseitigungsanlage Großglobnitz ein nicht rückzahlbarer Beitrag (20 % der Gesamtkosten) in der Höhe von S 5 700 000,-- zugesichert.

Diese Zusicherung wäre vom Gemeinderat zu beschließen.

Mit Schreiben vom 12. November 1992, GZ.: 91.0524/007-021/92 BA 01, des Umwelt- und Wasserwirtschaftsfonds erfolgte eine Förderungszusage in Form eines Darlehens in der Höhe von S 17 900 000,-- für den Bau der Abwasserbeseitigungsanlage Großglobnitz.

Die Annahme der Förderungszusicherung wäre vom Gemeinderat der Stadtgemeinde Zwettl zu beschließen.

Weiters ist es erforderlich, den nicht durch Förderungen gedeckten Betrag von S 4 400 000,-- durch Eigenmittel der Stadtgemeinde aufzubringen.

Der Stadtrat beantragt die Genehmigung.

Der Bürgermeister beantragt die Beschlußfassung mit der Maßgabe, daß der Beschluß vorläufig nicht vollzogen, sondern zugewartet werden soll, bis die neuen Richtlinien des Wasserwirtschaftsfonds des Bundes und des Landes erlassen wurden; hernach soll geprüft werden, ob diese neuen Richtlinien für das Projekt Abwasserbeseitigungsanlage Großglobnitz günstiger sind und ob sie aufgrund der Übergabsbestimmungen anwendbar wären. Je nach Ergebnis soll sodann der gegenständliche Beschluß vollzogen werden oder nicht, worüber zu gegebener Zeit ein Gespräch mit den Fraktionsobmännern durchgeführt werden wird.

Einstimmig beschlossen.

32. Abfallwirtschaft: Neuerlassung der Abfallwirtschaftsverordnung, Festsetzung von privatrechtlichen Entgelten für die Entsorgung von betrieblichen Abfällen, Altpapier, Altglas, Alu- und Weißblechdosen und Bioabfall (Zl. 813)

a) Am 1. Jänner 1993 tritt das neue Abfallwirtschaftsgesetz 1992, LGBI. 8240-0, in Kraft. Da es zahlreiche Änderungen enthält, muß die Abfallwirtschaftsverordnung der Gemeinde der geänderten Rechtslage angepaßt werden und wäre daher gemäß dem den Fraktionen übermittelten Entwurf neu zu beschließen.

b) Neufestsetzung eines privatrechtlichen Entgeltes für die Entsorgung von betrieblichen Abfällen:
Aufgrund des neuen NÖ Abfallwirtschaftsgesetzes 1992 dürfen betriebliche Abfälle, soweit sie nach Art oder Menge nicht mehr mit Hausmüll vergleichbar sind, nicht mehr gemeinsam mit der Hausmüllabfuhr entsorgt werden. Solche Abfälle müssen gesondert erfaßt werden und werden nur zu bestimmten Zeiten in Anwesenheit eines Chemikers auf der Deponie übernommen; weiters gelten für diese Abfälle höhere Deponiegebühren.

Es besteht zwar für die Gemeinde keine Verpflichtung, Betriebsabfälle zu entsorgen, im Sinne einer Serviceleistung sollte aber, wie dies auch von den Müllverbänden für die Bezirke Zwettl, Gmünd und Horn gehandhabt wird, den Betrieben eine Abfuhr ihrer betrieblichen Abfälle gegen Entrichtung eines privatrechtlichen Entgeltes angeboten werden.

Es sind daher privatrechtliche Entgelte festzusetzen wie folgt:

Müllcontainer zu 240 l Nutzinhalt S 185,--/Entleerung,
Müllcontainer zu 1100 l Nutzinhalt S 870,--/Entleerung und
Müllcontainer zu 5 m³ Nutzinhalt S 3985,--/Entleerung.

c) Erhöhung der privatrechtlichen Entgelte für die Entsorgung von Altpapier, Altglas, Alu- und Weißblechdosen und Bioabfall:

Aufgrund gestiegener Kosten (Abfuhr-, Verwaltungs- und Personalkosten, Sortierungskosten und Kompostierungskosten) mußten die privatrechtlichen Entgelte für die genannten Abfallstoffe neu kalkuliert werden und sollen festgesetzt werden wie folgt:

<u>Altpapier:</u>	Tonne mit 240 l Nutzinhalt S 50,--
	Tonne mit 1100 l Nutzinhalt S 340,--
	Abfuhr von 120 l Nutzinhalt S 30,--
<u>Altglas:</u>	Tonne mit 240 l Nutzinhalt S 55,--
	Tonne mit 1100 l Nutzinhalt S 290,--
<u>Alu- und Weißblechdosen:</u>	Tonne mit 240 l Nutzinhalt S 50,--
	Tonne mit 1100 l Nutzinhalt S 270,--
<u>Bioabfall:</u>	Tonne mit 120 l Nutzinhalt S 35,--
	Tonne mit 240 l Nutzinhalt S 50,--
	Tonne mit 1100 l Nutzinhalt S 380,--

Der Stadtrat beantragt die Genehmigung.

GR Karl Haider weist auf die Differenz zwischen den Einnahmen laut Betriebsfinanzierungsplan und der Voranschlagssumme hin, woraus sich die Frage ergibt, ob eine Gebührenerhöhung überhaupt gerechtfertigt ist. Er fragt weiters, warum im Betriebsfinanzierungsplan Personalkosten enthalten sind, obwohl die Müllabfuhr an die Fa. Brantner-Dürr vergeben wurde. Er hält weiters das Gebührensystem für ungerecht, weil verschiedene Abfälle wie Papier, Biomüll, Alteisen usw. in die Restmülltonne eingerechnet sind, was zu groben Ungerechtigkeiten führt; man müßte in erster Linie den Verursacher heranziehen.

Über Ersuchen des Bürgermeisters beantwortet der im Sitzungssaal anwesende Leiter der Abgabenabteilung Johann Altmann die gestellten Fragen dahingehend, daß die Differenz zwischen Betriebsfinanzierungsplan und Voranschlag darauf zurückzuführen ist, daß der Voranschlag schon Ende Oktober 1992 erstellt wurde, hingegen sich verschiedene aktuelle Faktoren für den Betriebsfinanzierungsplan erst jetzt ergeben haben, wie z.B. die Ausklammerung der Abfuhr der betrieblichen Abfälle aus der Hausmüllabfuhr; dadurch haben sich die Einnahmen und Ausgaben verlagert, sodaß Voranschlag und Betriebsfinanzierungsplan nicht mehr übereinstimmen können. Der Voranschlag muß daher im Rahmen des ersten Nachtragsvoranschlages den Verhältnissen angepaßt werden. Im Betriebsfinanzierungsplan sind deswegen Personalkosten enthalten, weil die Fa. Brantner-Dürr nur die Abfuhr besorgt, aber die Behälterzustellung und die gesamte Verwaltung von Gemeindebediensteten besorgt wird. Es wurden daher die Kosten eines Bediensteten in den Finanzierungsplan aufgenommen. Die Gebührenerhöhung der Hausmüllgebühren ist deswegen notwendig, weil die Berechnungen ergeben haben, daß bei einem Beibehalten der bisherigen Gebühren ein Abgang in der Höhe von ca. S 750 000,-- zu erwarten gewesen wäre.

Über Anfrage von GR Erich Böhm hinsichtlich einer eigenen Hausmülldeponie für Zwettl berichtet der Bürgermeister, daß nach dem Konzept der NÖ Umweltschutzanstalt die Deponierung des Abfalls auf einige wenige Deponien konzentriert werden soll und gleichzeitig nach neuen Deponien gesucht werden soll, um die Kostensituation des Deponiebetriebes möglichst günstig zu gestalten. Sollten die Gutachten hinsichtlich des derzeit geprüften Standortes bei Hörmanns auf den TÜPL Allentsteig positiv ausfallen, kann mit der Inbetriebnahme einer Deponie in diesem Standort ca. 1998 bis 2000 gerechnet werden.

GR Dr. Johann Berger hält es nicht für sinnvoll, den Müll zwischen den einzelnen Bezirken hin- und herzutransportieren, schon wegen des damit verbundenen Verkehrsaufkommens; es besteht daher Handlungsbedarf der Gemeinde für sich selbst. Im übrigen wird neuerlich daran erinnert, daß trotz Zusage des Bürgermeisters über das vor einem Jahr vorgeschlagene Wertmarkensystem im Ausschuß nicht diskutiert wurde.

Der Bürgermeister sagt zu, daß diese Frage nun in Kürze im Ausschuß behandelt werden wird.

Nach einer weiteren ausführlichen Debatte, vor allem über das Gebührensystem, an der sich der Bürgermeister, Vbgm. Judith Hofbaur, StR. Dipl.-Ing. Ewald Schwarz und die Gemeinderäte Karl Haider, Erich Böhm und Dr. Johann Berger beteiligen, wird der Antrag des Stadtrates

einstimmig genehmigt.

33. Josefine Aschauer, Verkaufsanbot über Betriebsareal in der Schwarzenauer Straße (Zl. 840-1)

Frau Josefine Aschauer, Zwettl, Schwarzenauer Straße 2, bietet der Gemeinde mit schriftlichem Anbot vom 26. November 1992 ihre Liegenschaften EZ 289 und 390 der KG Oberhof mit den Grundstücken .222, 214/1, 211, 212/1, 213/2, 213/3 und 213/5 mit einem Gesamtausmaß von 8322 m² mit allen Gebäuden und Einfriedungen, jedoch ohne Inventar, zum Kauf an.

Der Kaufpreis beträgt S 10 500 000,-- und wäre mit einem Teilbetrag von S 5 500 000,-- bis 10. Jänner 1993 und mit dem zweiten Teilbetrag von S 5 000 000,-- bis 30. Juni 1993 zu entrichten; die Übergabe würde frühestens am 31. März 1993 und spätestens mit vollständiger Bezahlung des Kaufpreises erfolgen. Frau Aschauer betrachtet sich an dieses Anbot bis 31. Dezember 1992 gebunden.

Bei den angebotenen Liegenschaften handelt es sich um das neben dem derzeitigen Bauhof der Gemeinde gelegene Betriebsareal der Fa. Aschauer in der Schwarzenauer Straße.

Der Stadtrat beantragt, das Anbot anzunehmen und die genannten Liegenschaften zu den Anbotsbedingungen käuflich zu erwerben; die Finanzierung soll mit der im Rahmen des zweiten Nachtragsvoranschlages 1992 geplanten Rücklagenzuführung von S 8 291 000,--, welche für das Parkdeck vorgesehen war, erfolgen;

der Restbetrag wäre im Voranschlag 1993 unter der Haushaltsstelle 840-Ankauf von Grundstücken gedeckt.

Einstimmig beschlossen.

34. Grundankauf in der KG Großglobnitz (Zl. 840-1)

Herr Amtsdirektor Raimund Schmid, Siegfriedgasse 10/20, 1210 Wien, hat der Gemeinde seine Grundstücke Nr. 37/1, 1/1 und 122/1 (Haus Großglobnitz 30 samt Gartenflächen) zum Preis von S 600 000,-- zum Kauf angeboten.

Der Dorferneuerungsverein Großglobnitz wäre an einem Ankauf interessiert, da das Areal im Rahmen der Dorferneuerung Verwendung finden könnte.

Der Stadtrat beantragt die Genehmigung zum Ankauf.

Über Anfrage von GR Erich Böhm hinsichtlich des Flächenausmaßes wird vom Stadtamtsdirektor der Sachverhalt dahingehend ergänzt, daß es sich um insgesamt 4442 m² handelt, wovon ca. 3000 m² auf Bauland und der Rest auf Grünland entfallen.

Der Antrag des Stadtrates wird sodann

einstimmig genehmigt.

35. Maria Göschl, Kleinschönau 17; Beendigung des Pachtverhältnisses und Neuverpachtung an Silvester Göschl, Kleinschönau 17 (Zl. 840-4)

Mit Frau Maria Göschl, Kleinschönau 17, besteht ein Pachtvertrag bis 31. März 1994 über die Verpachtung des gemeindeeigenen Grundstückes Nr. 1605, EZ 21 der KG Eschabruck im Ausmaß von 1,10 ha.

Maria Göschl legt dieses Pachtverhältnis mit 1. Oktober 1992 zurück und gleichzeitig ersucht ihr Sohn Silvester Göschl, Kleinschönau 17, um Pachtung dieses Grundstückes zum bisherigen Pachtzins (S 1500,--/ha) zuzügl. USt. auf die Dauer von fünf Jahren, d.i. bis 30. September 1997.

Das Pachtjahr beginnt jeweils am 1. Oktober und der Pachtzins soll jeweils am 15. November fällig sein.

Der Stadtrat beantragt die Genehmigung.

Einstimmig genehmigt.

36. KG Großhaslau, Grundstücksverpachtung an Hermann Kargl (Zl. 840-4)

Hermann Kargl, Großhaslau 42, ersuchte um Verpachtung des gemeindeeigenen Grundstückes Nr. 1594/2 der KG Großhaslau, welches in der Natur unbewirtschaftet ist und einen Wildwuchs an Bäumen und Sträuchern aufweist. Er möchte das Grundstück nicht bewirtschaften, sondern dort Damwild halten und das Grundstück für diesen Zweck auch einzäunen.

Hermann Kargl erwartet sich eine positive Erledigung als Entgegenkommen dafür, daß er bereit war, sein Grundstück Nr. 87/2 in der Ortsmitte der KG Großhaslau zwecks Errichtung eines Buswartehauses zu verkaufen.

Der Stadtrat beantragt, Hermann Kargl das oa. Grundstück für die Dauer von fünf Jahren zu einem jährlichen Pachtzins von S 250,-- inkl. USt. zu verpachten.

GR Dr. Johann Berger bezeichnet es als typisch für die Einstellung der Gemeinde, daß ein unbewirtschaftetes Grundstück als wertlos angesehen wird und es daher für Zwecke der Wildhaltung freigegeben wird.

GR Erwin Engelmayr stellt hiezu fest, daß Hermann Kargl der Gemeinde ebenfalls Grund für die Errichtung eines Autobuswartehauses zur Verfügung gestellt hat und überdies mit seinem Acker an das pachtgegenständliche Grundstück angrenzt; es handelt sich um eine Fläche, die ohnedies nicht bewirtschaftbar ist und teilweise mit Bäumen bestanden ist; sie ist für einen Unterschlupf für das Damwild gedacht und es ist nicht zu befürchten, daß das Grundstück in seinem derzeitigen Zustand wesentlich verändert wird.

Sohin wird der Antrag des Stadtrates

einstimmig beschlossen.

37. Feuerlöschbehälter in der KG Rottenbach; Dienstbarkeitsvertrag (Zl. 841)

In der KG Rottenbach besteht auf dem Grundstück Nr. 70 der EZ 33 des Grundbuches der KG Rottenbach ein Feuerlöschbehälter in Form eines gemauerten eingezäunten Bassins.

./.

Das Grundstück befand sich vormals im Eigentum des Verbandes Waldviertler Fleckviehzüchter und wurde an Frau Mag. Brigitte Esser, Rottenbach 1, veräußert.

Die neue Grundstückseigentümerin ist bereit, der Gemeinde ein grundbücherlich einzuverleibendes Servitutsrecht für den Feuerlöschbehälter samt Zufahrt einzuräumen und hat den diesbezüglichen Dienstbarkeitsvertrag bereits unterfertigt.

Der Stadtrat beantragt die Genehmigung.

Einstimmig genehmigt.

38. Neuvermietung einer Gemeindewohnung in der Mansarde des Hauses Brühlgasse 7 (Zl. 846) ✓

Aufgrund des Ablebens von Frau Stefanie Widbogen wurde diese Wohnung frei. Derzeit wird die Wohnung durch Hinzunahme eines Dachbodenbereiches etwas vergrößert und zusätzlich wird ein Bad eingebaut.

Die Wohnung wird nach Fertigstellung eine Größe von ca. 41 m² aufweisen und kann mit 1. Jänner 1993 als Wohnung der Kategorie A vermietet werden.

Für eine Wohnung dieser Größe liegen folgende Ansuchen vor:

Elisabeth WEISSINGER, Zwettl,
Hermine FLOH, Schickenhof,
Brigitte BRÄUER, Wien,
Anna ROGNER, Gradnitz,
Erna SCHARITZER, Böhmhöf,
Helga WEBER, Zwettl,
Barbara VRABEL, Allentsteig,
Maria GRUBER, Perg,
Erich SCHNEIDER, Zwettl,
Franz TRAXLER, Zwettl und
Willi WELSER, Moidrams.

Der Stadtrat beantragt, die Wohnung im Gemeinderat in geheimer Abstimmung zu vergeben.

Die geheime Abstimmung ergibt 33 Stimmen für die Wohnungsvergabe an Elisabeth WEISSINGER, Zwettl, und diese ist daher

einstimmig beschlossen.

39. Franz und Rosa Siedl, Kleinotten 22; käufliche Überlassung einer Teilfläche des Grundstückes Parz.Nr. 1926/2 der KG Kleinotten (Zl. 612-1) ✓

Die Ehegatten Franz und Rosa Siedl, Kleinotten 22, ersuchen um käufliche Überlassung einer ca. 60 m² großen Teilfläche des Gemeindeweges Parz.Nr. 1926/2 der KG Kleinotten; diese Teilfläche stellt die Hauszufahrt der Familie Siedl dar, befindet sich im direkten Anschluß an das Wohngebäude und wird zur Bebauung für einen Wohnhausneubau benötigt.

Die Kaufinteressenten haben einen Kaufpreis von S 50,--/m² angeboten.

Alle mit der Vermessung, Vertragserstellung und grundbücherlichen Durchführung verbundenen Kosten, Abgaben und Gebühren welcher Art auch immer, sind von den Gesuchstellern zu tragen.

Der angebotene Kaufpreis entspricht jenem, der vom Gemeinderat bei ähnlichen Fällen in Syrafeld und Waldhams festgesetzt wurde (GR 21. Mai 1991, 16. März 1992).

StR. Franz Edelmaier beantragt die Genehmigung.

Einstimmig genehmigt.

Im Anschluß an den öffentlichen Teil der Sitzung wird ein

J a h r e s r ü c k b l i c k

in Form einer Ton-Dia-Schau vorgeführt, gestaltet von den Bediensteten Franz Fischer und Rudolf Gruber.

Im Anschluß daran dankt der Bürgermeister Frau Vizebürgermeister Judith Hofbaur sowie allen Herren Stadträten und Umweltgemeinderat Erwin Engelmayr für die geleistete Arbeit und für die vielen Aktivitäten, er dankt weiters auch allen Damen und Herren des Gemeinderates sowie der gesamten Bevölkerung für das Verständnis in Gemeindeangelegenheiten und die gute Zusammenarbeit. Er dankt weiters allen Mitarbeitern, an der Spitze Stadtamtsdirektor Dr. Wolfgang Meyer.